

## 18. Wahlperiode

Die Vorsitzende  
des Ausschusses für Bildung,  
Jugend und Familie

mehrheitlich – mit SPD, CDU, LINKE und GRÜNE gegen AfD und FDP
<b>An Plen</b>

## Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Bildung,  
Jugend und Familie  
vom 28. Mai 2020

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 18/2666  
**Gesetz zur Anpassung des Abschlussverfahrens für  
die erweiterte Berufsbildungsreife und den mittleren  
Schulabschluss im Rahmen der SARS-CoV-2-  
Pandemie**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2666 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird die Angabe zu § 129a wie folgt gefasst:  
„§ 129a Sonderregelungen aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2“
2. Nummer 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Die Überschrift zu § 129a wird wie folgt gefasst:  
„§ 129a Sonderregelungen aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2“
  - b) In § 129a Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „Jahrgangsstufe 10“ durch das Wort „Jahrgangsstufe“ ersetzt.

c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Soweit es aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 erforderlich ist, können Gremien in den Schuljahren 2019/2020 und 2020/2021 ihre Sitzungen als Videokonferenz durchführen. Gleiches gilt für Schüler- und Elternversammlungen. Abweichend von § 117 können Wahlen in einem elektronischen Verfahren oder in einem schriftlichen Verfahren durchgeführt werden. Satz 3 findet entsprechende Anwendung auf Beschlüsse eines Gremiums oder einer Schüler- oder Elternversammlung.“

Berlin, den 28. Mai 2020

Die Vorsitzende  
des Ausschusses für Bildung,  
Jugend und Familie

Emine Demirbüken-Wegner